vinetur

Sechs Branchenverbände der Alkoholwirtschaft fordern US-Kongress auf, THC-Hanf-Verschärfung am 11. Dezember in Kraft treten zu lassen

Führende Vertreter der Bier-, Wein- und Spirituosenbranche erklären, eine Verlängerung würde einen nur schwach regulierten Markt für berauschende Hanfprodukte erhalten

Freitag, 20. November 2026



Führende Vertreter von sechs großen US-Verbänden der Bier-, Wein- und Spirituosenbranche forderten den Kongress auf, alle Bemühungen um eine Verschiebung der bundesweiten Beschränkungen für berauschende, aus Hanf gewonnene THC-Produkte zurückzuweisen. Die Abgeordneten sollten die für den 11. Dezember vorgesehene Frist wie geplant wirksam werden lassen.

In einem scharf formulierten Schreiben an den Kongress erklärten die Organisationen, Vorschläge zur Verlängerung dessen, was sie als THC-Hanf-Schlupfloch bezeichneten, würden einen weiterhin nur schwach regulierten Markt erhalten – und das ohne die übliche parlamentarische Prüfung. Die Vorschläge „gewährleisten keinen sicheren, gut regulierten Markt“, hieß es in dem Schreiben. Zudem hätten sie „keine einzige Ausschussanhörung, Ausschussberatung oder sonstige inhaltliche Maßnahme oder Prüfung durch den Kongress erfahren“.

Unterzeichnet wurde das Schreiben von den Vorstandsvorsitzenden der American Distilled Spirits Alliance, des Beer Institute, von WineAmerica, der American Whiskey Association, des Distilled Spirits Council of the United States und des Wine Institute. Zusammen vertreten die Verbände große Teile der US-amerikanischen

Alkoholwirtschaft.

Im Mittelpunkt des Streits stehen Hanfprodukte, die sich nach Ansicht ihrer Kritiker weit über das hinaus verbreitet haben, was der Kongress mit der Lockerung der bundesweiten Hanfvorschriften beabsichtigte. Im Farm Bill von 2014 genehmigte der Kongress ein Pilotprogramm für den Anbau und die Erforschung von Hanf. Im Farm Bill von 2018 grenzte er Marihuana von Hanf ab und unterstützte die nicht berauschende industrielle Nutzung von Hanf sowie die Gewinnung von Cannabidiol.

Die Verbände der Alkoholwirtschaft erklärten den Abgeordneten, Unternehmen hätten diese Änderungen später ausgenutzt, indem sie chemische Verfahren einsetzten, um natürlich vorkommende Cannabinoide in berauschende THC-Produkte umzuwandeln. Dadurch sei ein rasant wachsender Markt für Produkte entstanden, die weitgehend unreguliert, ungeprüft und unversteuert seien, hieß es in dem Schreiben. Diese Produkte würden zudem verkauft, obwohl die Food and Drug Administration (FDA) die Auffassung vertrete, dass die Zugabe berauschender Cannabinoide zu Lebensmitteln illegal sei.

Der Kongress verschärfte die Vorschriften 2025: Die Abgeordneten verabschiedeten eine Regelung, die Präsident Donald Trump unterzeichnete und die den Gesamtgehalt an THC auf 0,4 Milligramm pro Verkaufseinheit begrenzt. Befürworter von Getränken und anderen Produkten mit aus Hanf gewonnenem THC argumentieren, dieser Grenzwert komme einem Verbot von THC-Hanf in Lebensmitteln und Getränken gleich.

Die Verbände erklärten, Unternehmen sei ein volles Jahr zur Anpassung eingeräumt worden. „Diese Bestimmung muss am 11. Dezember 2026 ohne weitere Verzögerung oder Verlängerung vollständig in Kraft treten“, hieß es in dem Schreiben.

Der Kongress habe nicht die nötige Arbeit geleistet, um einen eigenen bundesweiten Rahmen für eine neue Kategorie berauschender Hanfprodukte zu schaffen, die ihrer Ansicht nach Marihuana ähnelt, argumentierten sie. Ein System zu etablieren, das Verbraucher und Unternehmen schützt, erfordere viel Zeit, Fachwissen und Abstimmung und könne nicht mit einer kurzfristigen Änderung in letzter Minute erreicht werden, hieß es in dem Schreiben.

Die Debatte legt eine wachsende Spaltung innerhalb der Getränkeindustrie offen. Während Anbieter von Bier, Wein und Spirituosen wollen, dass die derzeitige Beschränkung in Kraft tritt, unterstützt die Wine & Spirits Wholesalers of America einen anderen Ansatz. Der Großhandelsverband befürwortet die Legalisierung von THC-Getränken und erklärt, diese Produkte sollten ähnlich wie Alkohol reguliert werden.

Die Verbände der Anbieter wiesen diesen Vorschlag als verfrüht zurück. Die Alkoholbranche unterliege mehr als 4.000 bundesweiten Gesetzen und Vorschriften, die über Jahrzehnte entstanden seien, hieß es in dem Schreiben. Dieses Regelwerk kurzfristig auf berauschende Hanfprodukte zu übertragen, würde nicht die gesamte Bandbreite der Bedenken von Generalstaatsanwälten der Bundesstaaten, Strafverfolgungsbehörden und Vertretern des öffentlichen Gesundheitswesens berücksichtigen.

Das Schreiben warnte außerdem vor aus Sicht der Verfasser überstürzten Vorschlägen aus dem THC-Lager. Diese Pläne zielten darauf ab, „durch die Hintertür“ einige berauschende THC-Produkte auf Bundesebene zu legalisieren, ohne eine umfassendere Debatte über die Marihuana-Politik oder ein vollständig ausgearbeitetes Sicherheitskonzept, hieß es.

Die Sicherheit der Verbraucher stand im Zentrum der Botschaft an den Kongress. Käufer müssten darauf vertrauen können, dass die im Einzelhandel angebotenen Produkte sicher seien – insbesondere, wenn sie berauschend wirken könnten, erklärten die Verbände. Dieses Argument gewinnt an Bedeutung, da Getränke mit aus Hanf gewonnenem THC zunehmend in Convenience-Stores, Spirituosengeschäften und anderen Verkaufsstellen in Bundesstaaten mit unterschiedlichen Vorschriften und Durchsetzungspraktiken angeboten werden.

Der Streit geht über die Drogenpolitik hinaus: Er könnte beeinflussen, welche Getränke Unternehmen verkaufen dürfen, wie Händler ihre Regalflächen aufteilen und wie Alkohol mit einer wachsenden Kategorie THC-haltiger Getränke konkurriert. Zugleich macht er den Konflikt zwischen Herstellern und Großhändlern darüber deutlich, ob berauschende Hanfprodukte unter die im Dezember geltende Regelung fallen oder in einen regulierten Getränkemarkt integriert werden sollten.

Der Kongress steht nun unter Druck aus verschiedenen Teilen der Branche. Auf der einen Seite fordern Anbieter von Alkohol, die Frist im Dezember als Bestandteil eines bereits verabschiedeten Gesetzes nicht abzuschwächen. Auf der anderen Seite setzen sich Befürworter von Getränken mit aus Hanf gewonnenem THC für mehr Zeit oder einen neuen Regelungsrahmen ein, der diese Produkte auf dem Markt halten würde. Das Ergebnis wird mitbestimmen, ob die Bundesregierung berauschende Hanfgetränke als unzulässiges Nebenprodukt eines Schlupflochs behandelt oder als Kategorie, die eine eigene langfristige Regulierung verdient.